

EINSCHREIBEN
Aktiengesellschaft
Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich
Geschäftsführung Rekursabteilung
Neumühlequai 10
8090 Zürich

Alex W. Brunner
Architekt HTL
c/o Bahnhofstrasse 210
CH-[8620] Wetzikon
Telefon +44 930 62 33

Datum: 21. Mai 2021
Post Code: 98.00.862200.00305374

Institutionelle Behördenkriminalität – Behörden als Firmen

Meine besonderen Bedingungen

Grüezi

Es ist Ihnen bestimmt nicht entgangen, dass Behörden und Ämter still zu Privatfirmen umgewandelt wurden. Die Umwandlung von Behörden und Ämtern zu Privatfirmen ist nur eine von vielen Massnahmen, die in den letzten Jahrzehnten von den Parlamenten und Regierungen umgesetzt wurde, teils mit und teils ohne Einwilligung der Bevölkerung, jedoch immer mit der Unterstützung von den Vertretern des «Rechts».

Da ich seit Jahrzehnten von diesen Massnahmen direkt betroffen bin, wehre ich mich nun konsequent gegen alle diese Verbrechen, weshalb ich mich gezwungen sehe, Ihnen zuerst die allgemeine und Ihre eigene Situation zu erklären, um anschliessend meine besonderen Bedingungen bekannt zu geben.

Die Umwandlung von Behörden und Ämtern zu Privatfirmen

Die Zusammenhänge zu diesem Thema will ich hier nicht wiederholen. Diese können Sie in meinem Aufsatz Ideologie Behörden als Firmen¹ nachlesen und auch die behördliche Schulung durch eine Anwaltskanzlei nachvollziehen.² Es wird auch erklärt, weshalb diese Firmen nach wie vor «offiziell» öffentlich-rechtliche Körperschaften seien.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird auf der Wirtschaftsdatenbank dnb.com³ als Ultimate Parent (höchste Muttergesellschaft) mit 852 Subsidiarities (Tochterfirmen) und 147 Branches (Zweigniederlassungen) bezeichnet. Sie wurde im Jahre 2014 «incorporated», d.h. [als Kapitalgesellschaft] (ins Handelsregister) eingetragen und hat ihren Sitz irgendwo in Belgien. Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde aber bereits am 12. Juli 2006 ins Handelsregister eingetragen bzw. «incorporated». Sie wird als Subsidiary bzw. als Parent bezeichnet und sie hält Tochtergesellschaften im Ausland.

Der Kanton Zürich wird als Subsidiary bzw. als Parent beschrieben. Wann der Kanton «incorporated» wurde, ist nicht verzeichnet. Bei allen übrigen Kantonen ist es genau gleich. Alle sieben kantonalzürcherischen Departemente werden ebenfalls als Subsidiary bzw. als Parent bezeichnet, die je wiederum unterschiedliche Subsidiaries bzw. Parents und/oder Branches (Zweigniederlassungen) als Joint Stock Company (Aktiengesellschaft) besitzen. Sowohl die Firma Kanton Zürich als auch die sieben Departemente

¹ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Behörden als Firmen

² www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Vortragskript über Privatisierung

³ Diese Datenbank ist zeitweise schwierig zu handhaben. Siehe deshalb www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Liste von Behörden und Ämter als Firmen

mente halten Tochtergesellschaften im Ausland. Die Kantonspolizei Zürich wird beispielsweise als Subsidiary / Parent bezeichnet und sie hat verschiedene Branches als Joint Stock Companies. Auch die Kantonspolizei hält Niederlassungen im Ausland. Das Obergericht des Kantons Zürich als angegliederte Organisationseinheit des Kantons Zürich wird als Parent bezeichnet und besitzt eine Zweigniederlassung, die Zentrale Inkassostelle, als Aktiengesellschaft.

Das Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich ist seit mindestens seit dem Jahr 2017 eine Aktiengesellschaft, weil am 21. März 2017 die Zweigniederlassung Winterthur als Aktiengesellschaft gegründet wurde. Beim Ableger Regensdorf ist davon auszugehen, dass er ebenfalls als Zweigniederlassung und Aktiengesellschaft gegründet wurde, obschon die Rechtsform als unbekannt angegeben wird.

Alle diese Firmengründungen sind illegal, weil ihnen die Zustimmung der vorgesetzten Stelle fehlt, also des Parlaments und des Volks. Im Weiteren sind sie alle mangels Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt handlungsunfähig. Das Gleiche gilt auch für deren angeblichen Handelsberechtigten. Aus diesem Grund handeln alle Angestellten dieser Firmen auf eigenes Risiko, d.h. sie können auch direkt belangt werden.

Mit der Umwandlung der ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen neu in Privatfirmen, existiert kein öffentliches Recht mehr, sondern seither gilt nur noch das Handelsrecht. Deshalb gibt es keine Behörden und Ämter mehr, auch wenn sie diese Namen noch vortäuschen.

Diese Firmengründungen sind nur eine Folge von weiteren politischen Veränderungen, die Parlamente, Regierungen und auch die Gerichte nicht eingestehen wollen.

Die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

Wenn man von einer institutionellen Behördenkriminalität betroffen ist, so beginnt man sich darüber grundsätzliche Gedanken zu machen. Insbesondere ist es erforderlich, die Situation mit den drei analytischen Ansätzen zu untersuchen. Das Erlebte ist im Manifest *Unser manipuliertes Rechtssystem*, Kapitel 4 bis 7 nachzulesen.⁴

Das Wort Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet allgemein übersetzt «das Volk herrscht» oder «das Volk verwaltet sich selbst». In jedem Fall geht es um eine Oberaufsicht und damit ums Herrschen. Herrschen⁵ kann man jedoch nur, wenn man über die drei (Ausführungs- oder Haupt-) Kompetenzen der Führungstätigkeiten verfügt. Sodann geht es darum, die Oberaufsicht der Vertreter des Volks, des Parlaments, über die Staatsverwaltung zu untersuchen.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die entsprechenden Kommissionen der Parlamente bis in die 1950er Jahre Gerichtsurteile inhaltlich kontrollierten. Am Beispiel des Kantons Schaffhausen ist es dokumentiert, dass mit dem Amtsgeheimnis des Strafgesetzbuches die verfassungsmässigen Rechte des Parlaments, also dem Vertreter des Volks, ausgehebelt wurden. Mit dabei waren nicht nur Parlamentarier, sondern auch Vertreter der Gerichte in Doppelfunktion.⁶

Die Diskussion wurde nie formell im Parlament geführt, sondern nur auf Kommissionsebene. Deshalb wurde die «Gesetzgebung» auch nicht wie sonst üblich, von oben nach unten verändert, sondern in umgekehrter Reihenfolge. Das geht aus der Gesetzgebung des Kantons Zürich hervor.

Die Protokolle der entsprechenden Kommissionen der Parlamente sind nur in den Kantonen Zürich und Schaffhausen zugänglich. In allen übrigen Kantonen sind sie unter Verschluss. Die Meldung von zwei Kantonsarchivaren lautete, sie lägen bei der Regierung, weil deren Inhalt heikel sei! Im Bundesarchiv fehlen die Protokolle der Plenarkommissionen der Jahre 1950 bis 1952 und der 1920er Jahre und früher, obschon die Sperrfrist «nur» 30 Jahre beträgt. Die Protokolle der Subkommission Gerichte sind erst ab 1968 verfügbar.

Die Analyse der Geschäftsberichte des Bundesgerichtes über 100 Jahre und des Zürcher Obergerichtes über ca. 70 Jahre in Text und Statistik bestätigte, dass mit der Aufhebung der Oberaufsicht die Behör-

⁴ www.brunner-architekt.ch à Politik à Geschichte im Zusammenhang à manipuliertes Rechtssystem

⁵ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Erklärung der Geschichte à Herrschaft

⁶ www.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Analysen à Obergericht des Kantons Schaffhausen

denwillkür institutionell begann. Weitere Analysen⁷ die ich später durchgeführt habe, bestätigen das Bild.

Regierungen und Parlamente haben davon Kenntnis, doch sie wollen das vorsätzlich nicht ändern, weil diese Behördenkriminalität gewollt ist. Meine Analysen gründen auf offiziellen Amtsdokumenten, weshalb sie nicht widerlegt werden können, darum werden sie bloss ignoriert.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte miteinander eine andere Agenda verfolgen als es für die Bevölkerung von Vorteil wäre. Diese drei Mächte oder Gewalten agieren daher gegen die Bevölkerung.

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht haben die drei Mächte die gesamte Staatsverwaltung der Kontrolle und damit der Herrschaft des Volks entzogen. Das Volk wurde mit diesem stillen Putsch entmachtet, soweit es damals überhaupt die Herrschaft⁵ inne hatte. Es ist also ganz und gar nicht so, wie es immer gebetsmühlenhaft gepredigt wird, dass sich diese drei Mächte gegenseitig kontrollieren. Mit im Boot sind auch die Universitäten, die die neu eingeführte Ideologie der Gewaltenteilung lehren, mit deren Hilfe die Verbrechen durchgeführt werden.

Bei der Umwandlung der einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen in Privatfirmen ist es genau gleich wie bei der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht. Zumindest die Regierungen haben von beiden Vorgängen Kenntnis, wobei die Parlamente nun aufgrund der fehlenden Kontrolle und Verantwortung behaupten können, sie wüssten von nichts. Fest steht jedoch, dass sie vorsätzlich nichts dagegen unternehmen. Das zeigt einmal mehr, dass sie eine politische Agenda verfolgen, die gegen die Bevölkerung gerichtet ist. Das versteht man jedoch erst, wenn man den roten Faden durch die tatsächliche Geschichte⁸, die wir in der Schule nicht lernen dürfen, begriffen haben.

Weiteres

Ideologie Mensch / Person (Strohmann)

Das vorgängig skizzierte Rechtssystem bedient sich weiterer Mechanismen, die Menschen zu unterdrücken. So u.a. der Ideologie Mensch / Person (Strohmann). Dieser Betrug nimmt mit der Geburtsanzeige seinen Lauf, indem das Zivilstandsamt im Auftrag des Staates daraus den Geburtsschein erstellt. Er ist nichts anderes als ein Strohmann, aus der die Person des geborenen Menschen fabriziert wird. Diese Verwaltungshandlung ist ein Akt ohne gesetzliche Rechtsgrundlage, die verheerende Wirkung hat. Den Menschen macht man glauben, sie seien dieses Konstrukt Person, der Strohmann, womit sie sich identifizieren.

Anschliessend wird die Geburtsurkunde, lautend auf die Person, den Strohmann, erstellt. Sie ist ein Wertpapier, das an der Börse gehandelt wird. Mit diesen Geburtsurkunden kann sich der Staat bei der Hochfinanz, also bei Babylon⁸, Kredite erkaufen, die wieder teuer zu verzinsen sind. Eine Geburtsurkunde gilt handelsrechtlich als Schenkungsurkunde, das heisst, der Staat als Ersteller dieser nicht auf Gesetzesrecht basierenden Urkunden verschenkt sie an Babylon, womit offensichtlich wird, dass der Staat mit Babylon kooperiert. Aber das ergibt sich bereits aus der Geschichte, denn die Nationalstaaten wurden durch Babylon errichtet. Sie sind nur eine kurze Zwischenstufe auf dem Weg zum babylonischen Ziel.

Die praktische Bedeutung liegt darin, dass man den Personen nun dieses und jenes (über Gesetze, Verordnungen, behördliche Erlasse etc.) befehlen kann, jedoch nicht den Menschen, weil der Mensch von Geburt an frei ist. Ein Mensch kann auch strafrechtlich nicht verurteilt werden, sondern nur Personen. Ebenfalls müssen nur Personen Steuern bezahlen, aber nicht Menschen und die Covid-Massnahmen gelten nur für Personen, aber nicht für Menschen. Das geht schlüssig aus den Gesetzen hervor, was zeigt, dass die gesamte juristische Gemeinde Babylon huldigt und die Bevölkerung verklavt!

⁷ www.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Analysen

⁸ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Zusammenfassungen à Kurzfassung

Und wenn nun der Staat diesen (fiktiven) Personen, die er ohne Gesetzesgrundlage fabriziert hat, Forderungen in Form von Steuern, Abgaben, Bussen etc. stellt, so ist das ein Insichgeschäft⁹ und damit ein weiterer Betrug. Und diesem Mittel bedienen sich die Behörden und Gerichte tagtäglich, womit sie einmal mehr bestätigen, für wen sie arbeiten.

Aus diesem Grund findet man in den Fahrzeugausweisen auch nie die Bezeichnung Eigentümer, sondern nur Halter. Das heisst, der Halter hält lediglich das Fahrzeug zum Nutzen. Der Eigentümer ist jedoch ein anderer, der Staat als Eigentümer der Person, der Identität des jeweiligen Menschen.

BAR-Vermutungen

Die private Organisation British Accredited Registry-Association, kurz BAR-Association oder BAR genannt, ist allgemein eine Vereinigung von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern. Sie hat für die verschiedenen Justizverfahren zwölf hinterhältige Bedingungen aufgestellt, die besser unter den 12 BAR-Vermutungen bekannt sind.

In geschichtlicher Hinsicht ist sie ein Element der britischen Krone. Da aber der englische König Johann Ohneland (1267-1216) seine Krone im Jahre 1213 den Templern als Vertreter des Vatikans vermacht hat und jährlich noch 1000 Mark Sterling dafür bezahlte, damit er sie noch tragen durfte, gehört sie seither dem Vatikan. Hinter dem Vatikan steckt wiederum Babylon.

Die Gerichte sind die unterste Instanz von fünf und nicht drei Mächten.⁵ Die heutigen Nationalstaaten wurden (sofern sie formell überhaupt noch existieren) von den eigentlichen Herrschern, der ersten Macht, errichtet. Wie bereits erklärt, dienen die Gerichte dieser ersten Macht, den eigentlichen Herrschern. Diese BAR-Vermutungen werden auch im Schweizerischen Rechtssystem angewendet, ohne dass die Betroffenen diese privaten «Regeln» kennen, weil sie nicht kommuniziert werden. Damit werden die Rechtsuchenden einmal mehr betrogen, womit offensichtlich wird, dass die Gerichte wiederum den eigentlichen versteckten Herrschern die Macht sichert.

* * * * *

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich im Minimum

- eine angegliederte Organisationseinheit einer illegal gegründeten Privatfirma ist, deren Handelsvollmächtigte weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind zu handeln.
- als Rekursinstanz eine angegliederte Organisationseinheit der illegal gegründeten und weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimierten Firma Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich ist, die wiederum Muttergesellschaft der illegal gegründeten Firma Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich ist. deshalb ist die Rekursabteilung befangen.
- sich nicht legaler Praktiken bedient und
- damit eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB, SR 311.0) unterstützt.

Nachweis der Legalität:

Sollten Sie tatsächlich handelsrechtlich und hoheitlich legitimiert sein, so weisen Sie das bitte anhand der folgenden Fragen bis spätestens am 26. Mai 2021 nach, bevor Sie irgendwelche illegale Handlungen tätigen. Was Sie nicht zu tun haben, sich auf Gesetz und Verfassung zu berufen, die für Sie so oder so keine Grundlage mehr bilden, solange Sie über keine hoheitliche Legitimation verfügen.

1. Die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich ist eine angegliederte Organisationseinheiten der Firma Kanton Zürich. Deshalb haben Sie sich zu erkennen zu geben, welche Firma (Zweigniederlassung, etc.) diese Handlung vollziehen will:
 - a. Sitz (Hauptsitz, Zweigniederlassung etc.) mit vollständiger Adresse
 - b. Rechtsform
 - c. Nummern des HRA-Eintrages und der Unternehmens-Identifikation samt deren Eintragsdaten.

⁹ www.entdeckejura.de à Base Camp à Jura Base Camp à Insichgeschäft

2. Die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten der Firma gemäss Position 1 weisen Sie, wie folgt aus:
 - a. Voller Vor- und Nachname der Handlungsbevollmächtigten jeweils mit
 - b. Strasse, Hausnummer, PLZ und Wohnort
 - c. sowie dem Datum und der Nummer der Ausgabe des SHAB, in welchem die Genannten als Handlungsbevollmächtigte der Firma bekannt gemacht wurden.
3. Sie erbringen einen aktuell notariell beglaubigten Nachweis
 - a. Ihrer amtlichen Legitimation mit Angaben darüber, wer, wie, wofür und wodurch Sie die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben.
 - b. auf welchen Staat Sie vereidigt worden sind.
 - c. Für denjenigen, der Ihnen die amtliche Legitimation erteilt hat, bitte ich Sie, mir den gleichen Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3, inkl. deren Unterpositionen, nachzuweisen.
4. Sie bestätigen mir, dass ich ein Mensch bin und nicht eine Person.

Meine besonderen Bedingungen:

Nachdem die ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen nicht mehr existieren und die neuen Privatfirmen ohne handelsrechtliche und hoheitliche Legitimation sind, stehen wir beide auf der gleichen rechtlichen Ebene. Deshalb wenden wir nun das Handelsrecht an, weshalb ich Ihnen meine besonderen Bedingungen bekannt gebe, unter denen ich bereit bin, mit Ihnen Geschäfte abzuwickeln.

1. Annahme von Rechtsbegehren
 - a. Weist die Rekursabteilung Rechtsbegehren jeder Art an den Gesuchsteller mit dem Hinweis zurück, dass alle als «Behörden und Ämter» getarnte Privatfirmen weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert seien und dass deshalb eine Verfügung und ein Rechtsweg ausgeschlossen sei, und teilt das gleichzeitig allen Parteien schriftlich mit, so zeitigt das für seine Funktionäre keine Folgen.
 - b. Sollte die Rekursabteilung Rechtsbegehren jeder Art zur Weiterbearbeitung annehmen, so willigen alle nachstehenden Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren je eine Pönale zu bezahlen.

Sie beträgt für nachstehende Funktionäre je 100 Kilogramm Gold¹⁰

- Markus Hinden, lic. iur., Chef
- Christian Fischbacher, lic. iur., Stellvertreter

Sie beträgt für nachstehende Funktionäre je 50 Kilogramm Gold

- Peter Hurter, lic. iur.
- Rahel Martin-Küttel, Dr. iur.
- Philipp Müller, lic. iur.
- Christina Schnell, Dr. iur.
- Markus Bosshard, lic. iur.
- Babette Brunner, Dr. iur.
- Stefanie Christen, MLaw
- Johannes Etter, lic. iur.
- Daniela Ferricchio, lic. iur.
- Huser Regula, lic. iur.
- Philipp Keller, lic. iur.
- Kunert Martina, MLaw
- Michael Spring, MLaw
- Katarina Umegbolu, lic. iur.
- Und für allenfalls weitere, nicht namentlich genannte Funktionäre

¹⁰ Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

- c. Sollte die Rekursabteilung die angenommenen Rechtsbegehren entscheiden, so verpflichten sich alle in Position 1b genannten Funktionäre, mir für jedes Rechtsbegehren die gleiche Pönale wie in Position 1b nochmals zu bezahlen.
2. Sollte später öffentlich festgehalten werden, dass die Rekursabteilung, wie alle heutigen «Behörden und Ämter» nicht legitimiert bzw. befangen war, nachdem es die Rechtsbegehren entschieden hat, muss dieser Entscheid rückgängig gemacht werden. In diesem Fall willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren zusätzlich zu den Unterpositionen 1b bzw. 1c nochmals die gleiche Pönale zu bezahlen.
3. Für die Zeit von der Annahme oder einem bestimmten Datum an bis zum Rückzug eines Rechtsbegehrens wird je eine Gebühr fällig. Die in Position 1b genannten Funktionäre willigen ein, mir diese Gebühr zu bezahlen. Sie haften solidarisch. Die Gebühr beträgt zehn Kilogramm Gold pro Kalendertag je Verfahren.
4. Zahlungsbedingungen
 - a. Die Pönalen und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich von Zeit zu Zeit Rechnung stellen werde.
 - b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
 - c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
 - d. Es gilt das Bringprinzip.
 - e. Sollten die genannten Funktionäre nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit mir vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung solidarisch.

Der Einfachheit halber werde ich die sich ergebenden Pönalen und Gebühren bei der Firma Kanton Zürich in Rechnung stellen. Deshalb haben Sie die Pflicht, die entsprechenden Bestellungen dem Geschäftsführer der Firma Kanton Zürich zu übermitteln.

Im Weiteren gilt: Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Ich gehe davon aus, dass sich die Verantwortlichen über die Tragweite dieses Angebotes bewusst sind und mit Ihren Handlungen bzw. Nicht-Handlungen erklären, dass alle Funktionäre in der Lage sind, die Konsequenzen aus dem damit entstehenden Vertrag zu tragen. Im Weiteren mache ich Sie für alles verantwortlich, was noch auf Sie zukommen wird. Und es wird noch sehr viel auf Sie zukommen! Dieses Schreiben dient nur der Vorbereitung.

Ich hoffe, dass Sie den Ernst der Situation begriffen haben und sofort beginnen, die entsprechenden Gegenmassnahmen einzuleiten.

Adieu

Mensch :Alex W. :Brunner, a.r.